

Bildungsplan 2004

Fachcurriculum Gemeinschaftskunde

Bildungsstandards Kursstufe (vierstündig)

© Arbeitsgruppe Bildungsstandards Gemeinschaftskunde, Gymnasium Plochingen

Gymnasium Plochingen

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>1. SOZIALSTRUKTUR UND SOZIALSTAATLICHKEIT IM WANDEL 1.1 Gesellschaftlicher Wandel und gesellschaftspolitische Herausforderungen</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Daten zur Analyse der Sozialstruktur der Bundesrepublik Deutschland auswerten. • Ansätze zur Beschreibung der Sozialstruktur sowie deren Indikatoren darstellen und beurteilen. • Ursachen, Entwicklungstendenzen und mögliche Auswirkungen des gesellschaftlichen Wandels erläutern. • Möglichkeiten der Gesellschaftspolitik erörtern. 	<p>Indikatoren sozialer Ungleichheiten: v.a. Einkommens- und Vermögensverteilung, berufliche Positionen, Bildungsabschlüsse</p> <p>Klassen-, Schichten-, Lagen- und Milieu-Modell</p> <p>Entstrukturierungsthese (U. Beck)</p> <p>Wissensgesellschaft</p> <p>Wertewandel (Noelle-Neumann und Klages)</p> <p>Postmaterialismus-These (R. Inglehart)</p> <p>Statistische Indikatoren gesellschaftlichen Wandels: z.B. Heirats- und Scheidungsquoten, durchschn. Alter bei erster Eheschließung / erster Geburt, Geburtenraten, Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen, Frauenanteil in Führungspositionen, Erziehungsziele</p> <p>Exemplarisch: Gleichstellungspolitik / Beeinflussung der Arbeitsteilung der Geschlechter in Familie und Erwerbstätigkeit sowie der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit (Auswirkungen von Ehegattensplitting, kostenloser Mitversicherung nicht-erwerbstätiger Partner, Elternzeit-Modellen, Frauenquoten)</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>2 Bevölkerungsentwicklung und Migration</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • ihre Kenntnisse der Gesellschaftsanalyse auf die Beschreibung aktueller Entwicklungen anwenden. • Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung darstellen und deren Implikationen beurteilen. • das Phänomen der Migration als besondere gesellschafts-politische Aufgabe erfassen. • Maßnahmen der Integrationspolitik erläutern und in der Kontroverse über Zielsetzung und Reichweite von Integrationspolitik Stellung beziehen. 	<p>Altersstruktur</p> <p>Anteil der Erwerbstätigen an der Gesamtbevölkerung</p> <p>Wanderungsbilanz</p> <p>Anteil der ausländischen Bevölkerung, der im Ausland geborenen Bevölkerung und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund</p> <p>Auswirkungen des demographischen Wandels auf das Arbeitskräfte-Angebot und die Sozialversicherung</p> <p><i>Assimilation, Integration und Inklusion;</i> Kritische Auseinandersetzung mit dem Begriff der <i>Parallelgesellschaft</i></p> <p>Indikatoren der Integration: Erwerbsbeteiligung, Bildungsbeteiligung, Kriminalitätsbelastung, Kontakte zu Deutschen</p> <p>Varianten einer <i>fordernden</i> Integrationspolitik: Voraussetzungen für Aufenthalts-/ Niederlassungserlaubnis und für Einbürgerung (inkl. Regelungen zur doppelten Staatsangehörigkeit), auch im Vergleich mit europäischen Nachbarstaaten</p> <p>Varianten einer <i>fördernden</i> Integrationspolitik: Affirmative Action (USA), Minderheitenquoten in Bildungseinrichtungen, anonymisierte Bewerbungen</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>1.3 Die Ausgestaltung des Sozialstaats</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Grundprinzipien und Kernbereiche des Systems der sozialen Sicherung erläutern. • das Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes analysieren und interpretieren. • Solidarität und Subsidiarität als Grundprinzipien unterschiedlicher sozialpolitischer Ansätze definieren. • Probleme des modernen Sozialstaats zusammenfassend darstellen. • verschiedene Reformansätze, die auf die Probleme des Sozialstaats zu antworten versuchen, darstellen und beurteilen. 	<p>Das Gedankenexperiment aus J. Rawls: „Eine Theorie der Gerechtigkeit“</p> <p>Prinzipien der <i>Versicherung, Versorgung</i> und <i>Fürsorge</i></p> <p>Gesetzliche vs. private Versicherungen</p> <p>Umlageprinzip vs. Eigenvorsorge</p> <p>Steuer- vs. Beitragsfinanzierung</p> <p>Bausteine der Grundsicherung</p> <p>Die Bedeutung von GG Art, 1/1 , 14/2 und 20/1</p> <p>Exemplarisch z.B. angewendet auf verschiedene Modelle der Krankenversicherung</p> <p>Zukunftsperspektiven für Arbeitslosenversicherung, Krankenversicherung und Alterssicherung</p> <p>Zu ALV: ALG II</p> <p>Zu KKV: Bürgerversicherung vs. Kopfpauschale</p> <p>Zu Alterssicherung: Riester-Rente</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Entwicklung der europäischen Sozialpolitik und ihrer Reichweite darstellen und beurteilen. • die Forderung nach einer europäischen Sozialunion unter politischen und wirtschaftlichen Aspekten erörtern. 	<p>Der Europäischer Sozialfonds</p> <p>Der Verweis auf die Grundrechtecharta und die <i>Sozialklausel</i> im <i>Vertrag von Lissabon</i></p> <p>Chancen (Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen zahlreicher Europäer) und Gefahren (Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner); Problematik der Wettbewerbsfähigkeit</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>2. WIRTSCHAFTLICHE DYNAMIK UND WIRTSCHAFTSPOLITIK</p> <p>2.1 Markt und Staat</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Dynamik der Marktwirtschaft anhand einzelner Aspekte beschreiben. • ökologische und gesellschaftliche Folgeprobleme erläutern. • zu Grundpositionen in der Debatte über die Rolle des Staates in der Marktwirtschaft Stellung nehmen. <p>2.2 Aufgaben der Stabilisierungspolitik</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Verlauf und aktuellen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung mithilfe ausgewählter Indikatoren darstellen. • daraus den aktuellen wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf ableiten und erklären. • die Diskussion um die Erweiterung des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs (Magisches Viereck) erläutern und dazu Stellung nehmen. 	<p>Entwicklung des BIP seit 1950</p> <p>Indikatoren der Konjunktorentwicklung: Wachstum, Arbeitslosigkeit, Inflation, Zinsniveau</p> <p>Externalisierung von Kosten</p> <p>Der Begriff der <i>Nachhaltigkeit</i></p> <p>Die Rolle des Staates bei Adam Smith (Nachwächterstaat) und Alfred Müller-Armack (Soziale Marktwirtschaft)</p> <p>siehe 2.1. aktuelle Entwicklung des BIP (Wachstum) aktuelle Entwicklung von Arbeitslosigkeit, Inflation und Zinsniveau</p> <p>abhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation</p> <p>Das <i>Magische Viereck</i></p> <p>Indikatoren der Nachhaltigkeit</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Aufgabenbereiche der Stabilisierungspolitik (Wachstumspolitik, Konjunkturpolitik, Strukturpolitik) unterscheiden. • Leistung und Reichweite der Instrumente der Wirtschaftspolitik analysieren und bewerten. • Zielvorgaben und Zielerfüllung in der Geld- und Fiskalpolitik darstellen. 	<p>Klassische und neuere Elemente der <i>Angebotspolitik</i></p> <p>Antizyklische Konjunktursteuerung (J.M. Keynes)</p> <p>Instrumente der Konjunktursteuerung</p> <p>Instrumente einer ökologischen Wirtschaftspolitik</p> <p>Geldmengensteuerung und die Rolle der EZB</p> <p>Fiskalpolitik: Vergleich von <i>Angebotspolitik</i> und Konjunktursteuerung</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>2.3 Globalisierung und Strukturwandel Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • anhand von Tabellen beziehungsweise Grafiken Entwicklungen der Weltwirtschaft darstellen. • in einem Überblick Dimensionen und Erscheinungsformen des Globalisierungsprozesses erläutern. • Erklärungsansätze für Globalisierung vergleichen und beurteilen. • die Chancen und Risiken einer zunehmenden Verflechtung und Interdependenz der Weltwirtschaft darstellen und erörtern. • Gestaltungsmöglichkeiten nationaler und internationaler Politik erörtern und dabei die Rolle der Nationalstaaten beurteilen. 	<p>z.B. grenzüberschreitender Güter-Dienstleistungshandel, grenzüberschreitende Direktinvestitionen (in-/outward), grenzüberschreitender Handel mit Wertpapieren</p> <p>Technische Voraussetzungen der „Globalisierung“ (Verkehr, Kommunikation)</p> <p>Migration vs. Tourismus (als temporäre Migration der Privilegierten)</p> <p>kulturelle Aspekte der „Globalisierung“ (<i>Hybridisierung</i> oder <i>Amerikanisierung</i>?)</p> <p>Theorie der <i>komparativen Kosten</i> (Ricardo) und Theorie der <i>Skalenvorteile</i></p> <p>Globalisierung der Weltwirtschaft: Ergebnis einer zwangsläufigen Dynamik oder Folge politischer Entscheidungen?</p> <p>Der Begriff der <i>Wettbewerbsfähigkeit</i></p> <p>Liberalisierungsbestrebungen und protektionistische Maßnahmen in Abhängigkeit von der (sektoralen) Wettbewerbsfähigkeit</p> <p>Die WTO und die die Welthandelsrunden</p> <p>Globalisierungskritische Positionen (z.B. attac) Interessenkonflikte zwischen Industrieländern, Schwellenländern und Entwicklungsländern</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>3. POLITISCHE INSTITUTIONEN UND PROZESSE 3.1 Politische Teilhabe und Demokratie</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die institutionalisierte politische Partizipation als wesentliche Grundlage legitimer demokratischer Herrschaft darstellen und im Überblick beschreiben. • direkte und indirekte Teilhaberechte (Artikel 5, 8, 9, 20, 21, 28 GG) sowie die verschiedenen Ebenen der Teilhabe (Europäischen Union, Bund, Länder, Gemeinden) differenziert darstellen. • die Bedeutung der Medien für die politische Teilhabe erläutern und die Kritik an den Medien beurteilen. • die Funktion der Parteien in der repräsentativen Demokratie erläutern. • den Wandel des Parteiensystems erklären. 	<p>Wahlen; Engagement in Parteien, Verbänden und Bürgerinitiativen; Petitionen; Versammlungen und Demonstrationen</p> <p>Die Gefahr der politischen Manipulation <i>von</i> Medien: Medien in nicht-demokratischen Systemen (Propaganda und Zensur; exemplarisch z.B. China); die Rolle der Medien als „vierte Gewalt“</p> <p>Die Gefahr der politischen Manipulation <i>durch</i> Medien: z.B. Agendasetting durch Medien, Wahlberichterstattung</p> <p>Chancen und Grenzen der neuen Medien im politischen Diskurs</p> <p>Partizipations-/Orientierungs-, Aggregations-, Transformations- und Kampagnenfunktion</p> <p>Die wichtigsten Konfliktlinien (<i>Cleavages</i>): Eigentumsrechte vs. Gleichheit, bürgerliche Schutz- und Freiheitsrechte vs. Sicherheit</p> <p>Parteien zwischen Programmtreue und Stimmenmaximierung</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Kritik an den Parteien und am Parteienstaat überprüfen. • Wahlrecht und Wahlsystem der Bundesrepublik Deutschland erklären. • eine aktuelle Wahl anhand ausgewählter Faktoren analysieren. • repräsentative und plebiszitäre Demokratiekonzeptionen definieren und vergleichen. • die Partizipationsmöglichkeiten in der repräsentativen Demokratie bewerten. • den Zusammenhang zwischen Bürgerbeteiligung, Bürgerengagement sowie Zivilcourage und der Zukunft der Demokratie untersuchen und beurteilen. 	<p>Szenario: „Demokratie ohne Parteien“ (z.B. Afghanistan)</p> <p>Vergleich Mehrheitswahl (USA/GB) - Verhältniswahl</p> <p>Zusammenhänge zwischen soziologischen Variablen (z.B. Alter, Geschlecht, Art der Erwerbstätigkeit, Phase der Erwerbsbiographie, Milieuzugehörigkeit) und dem Wahlverhalten</p> <p>Elemente direkter Demokratie in der Schweiz (Bundesebene) zur Kontrastierung des deutschen Gesetzgebungsmodells</p> <p>Diskussion oder Debatte: „Sollte das Grundgesetz durch Elemente direkter Demokratie ergänzt werden?“</p> <p>Verweis auf Weimar als „Demokratie ohne Demokraten“ und auf die breite Akzeptanz des Ermächtigungsgesetzes (Selbstaflösung des Reichstags) vom 24.3.1933</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>3.2 Gewaltenteilung und Kontrolle politischer Herrschaft</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltenteilung und Gewaltenschränkung in der parlamentarischen Demokratie der Bundesrepublik Deutschland anhand des Grundgesetzes erklären (Artikel 20, 43, 63, 67 GG). • verschiedene Kontrollmöglichkeiten in der parlamentarischen Demokratie benennen. <ul style="list-style-type: none"> • die Kontrolle politischer Herrschaft in Verfassungsrecht (Grundgesetz) und Verfassungswirklichkeit (Bundesrepublik Deutschland) vergleichen. • die Rolle von Regierung, Mehrheits- und Minderheitsfraktionen bei der parlamentarischen Kontrolle beschreiben und anhand geeigneter Kategorien beurteilen. 	<p>Parlamentarische vs. Präsidentielle Demokratie (z.B. USA)</p> <p>Kontrollinstrumente des GG (Zitierrecht, Einrichtung von Untersuchungsausschüssen, abstrakte Normenkontrolle, konstruktives Misstrauensvotum)</p> <p>Kontrollinstrumente der parl. Geschäftsordnung (kleine und große Anfragen, aktuelle Stunden)</p> <p>Kontrolle durch Herstellung von Öffentlichkeit (Initiativrecht der Fraktionen, Funktion der Plenardebatten)</p> <p>Die Rolle des Bundesrats bei antagonistischen Mehrheiten</p> <p>Die Rolle der Medien als vierte Gewalt (s.o.)</p> <p>Aktionseinheit von Regierung und Mehrheitsfraktion(en)</p> <p>Mehrheitsfraktion(en) als „Resonanzboden des Zumutbaren“ (U. Thaysen)</p> <p>Opposition als institutionalisierte Herrschaftskontrolle</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>Die Schüler und Schülerinnen können</p> <ul style="list-style-type: none"> • Gewaltenteilung und -kontrolle in der Europäischen Union Darstellen. • die Kontrollfunktion der Europäischen Kommission und des Europäischen Gerichtshofes zur Einhaltung von EU-Recht bewerten. • die Kontrollfunktionen des Europäischen Parlaments und des Deutschen Bundestags vergleichen. • die Wirksamkeit formeller und informeller Kontrolle auf nationaler und europäischer Ebene bewerten. 	<p>Funktionsabgrenzung zwischen Kommission (Initiative und Implementation), Rat / Parlament (Legislative) und Gerichtshof (Judikative)</p> <p>Die Rolle der Kommission als „Hüterin der Verträge“; exemplarisch: ein Vertragsverletzungsverfahren exemplarisch: Ein aktuelles EuGH-Urteil mit Auswirkungen auf Deutschland</p> <p>Besonderheiten der Gewaltenteilung in der EU:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Die geringere Bedeutung der Fraktionen (fehlende Aktionseinheit von Mehrheitsfraktionen und Kommission; wechselnde Mehrheiten) • Das Misstrauensvotum gegen die gesamte Kommission <p>Informelle Kontrolle durch Herstellung von Öffentlichkeit; das Fehlen einer „europäischen Öffentlichkeit“; Medienberichterstattung über nationale und europäische Gesetzgebungsverfahren im Vergleich</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>3.3 Politischer Entscheidungsprozess</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • das Gesetzgebungsverfahren nach dem Grundgesetz erläutern und mit der Verfassungswirklichkeit an einem aktuellen Beispiel vergleichen. • Artikel 20 GG und neue Staatszielbestimmungen erläutern und beurteilen. • staatliche Reformfähigkeit und Problemlösungsverfahren bewerten. • diese mit der Problemlösungskompetenz der Europäischen Union vergleichen. 	<p>Gesetzesinitiative Lesungen im Bundestag, Rolle der Ausschüsse Einspruchsgesetze und Zustimmungsgesetze Zusammensetzung, Abstimmungsmodus des Bundesrats Vermittlungsverfahren Gegenzeichnung durch den Bundespräsidenten</p> <p>Prinzipien der Volkssouveränität, Sozialstaatlichkeit, Gewaltenteilung und Nachhaltigkeit</p> <p>Der <i>Politikzyklus</i></p> <p>Politische Akteure in der Demokratie zwischen Reformzwängen und Wiederwahl-Orientierung (siehe auch oben: Parteien zwischen Programmtreue und Stimmenmaximierung)</p> <p>Die politische Bearbeitung grenzüberschreitender Problemlagen (exemplarisch: z.B. Luftreinhaltung oder Klimaschutz)</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>4. INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN UND INTERNATIONALE POLITIK 4.1 Struktur der Staatenwelt und Konfliktbewältigung</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • die Struktur der internationalen Staatenwelt mit Hilfe eines Kategorienmodells beschreiben. • sicherheitspolitische Herausforderungen exemplarisch anhand einer aktuellen Konfliktsituation analysieren. • Risiken für die innere und für die äußere Sicherheit abgrenzen von ökologischen und wirtschaftlichen Risiken • den Beitrag internationaler Organisationen, insbesondere der NATO und der UNO, zur Friedenssicherung und Konfliktbewältigung bewerten. 	<p>Die wichtigsten Paradigmen in der Theorie der internationalen Beziehungen: <i>Realismus, Institutionalismus, Interdependenztheorien</i></p> <p>Zentrale Begriffe des Realismus: <i>uni-/ bi-/ multipolare Ordnungen, Hegemonie, Gleichgewichtspolitik</i></p> <p>Pränationale/präwestfälische vs. nationale/westfälische vs. postnationale/postwestfälische Ordnungen</p> <p>Positiver vs. negativer Friedensbegriff</p> <p>Nationale vs. menschliche Sicherheit (engerer vs. weiterer Begriff der menschlichen Sicherheit)</p> <p>Die Subjektivität und Unschärfe des Sicherheitsbegriffs</p> <p>Aufbau der UNO; Zusammensetzung, Entscheidungsmodus und Instrumente des Sicherheitsrats</p> <p>Der SR vor und nach dem Ende des Kalten Kriegs</p> <p>Klassisches Peacekeeping vs. neuere Generationen von Blauhelm-Missionen</p> <p>Gründe für das Scheitern einiger Blauhelm-Missionen (v.a. Ruanda, Srebrenica)</p>

Bildungsstandards	Inhalte/ Themen
<p>4.2 Friedenssicherung durch Demokratisierung und Menschenrechtspolitik</p> <p>Die Schülerinnen und Schüler können</p> <ul style="list-style-type: none"> • den Prozess der Friedenssicherung durch Demokratisierung erläutern und Voraussetzungen für eine erfolgreiche Ausbreitung der Demokratie erörtern. • die These einer einheitlichen Weltzivilisation beziehungsweise eines Zusammenpralls der Kulturen erörtern. • Legitimität, Nutzen und Notwendigkeit einer aktiven Menschenrechtspolitik erörtern. 	<p>Die NATO: Aufbau und Entscheidungsmodus Die NATO vor und nach dem Ende des Kalten Kriegs</p> <p>Washingtoner Vertrag Art. 1-7 (insb. Art. 5); Unterscheidung <i>kollektive Selbstverteidigung</i> vs. <i>kollektive Sicherheit</i></p> <p>Die Beziehungen zu Russland (inkl. NATO-Russland-Rat)</p> <p>Das neue Strategische Konzept der NATO (2010)</p> <p>Exemplarisch z.B. die Rolle der NATO in Afghanistan (Isaf-Einsatz)</p> <p>Die Theorie des demokratischen Friedens</p> <p>Kriegerische Demokratien (v.a. USA, GB)</p> <p>Voraussetzungen der Demokratisierung europäischer Staaten im exemplarischen Vergleich mit Strukturen z.B. in Afghanistan</p> <p>Huntingtons These vom „Zusammenprall der Kulturen“ in der kritischen Diskussion</p> <p>Die Problematik <i>humanitärer Interventionen</i> (exemplarisch z.B. der NATO-Luftkrieg gegen Serbien 1999)</p> <p>Menschenrechtsgarantien als Schutz vor Bürgerkriegen vs. Kriege für Menschenrechte</p>